



Niederschrift über die öffentliche

**Sitzung des Technischen Ausschusses**

am 02.05.2024 im Sitzungssaal Steinscheuer, Brückenstraße 7 in Weinstadt-Großheppach

Beginn: 18:00 Uhr, Ende: 19:41 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitz

Herr Erster Bürgermeister Thomas Deißler

Mitglieder

Herr Friedrich Dippon  
Herr Markus Dobler  
Herr Wolf Dieter Forster  
Frau Doris Groß  
Herr Richard Schnaitmann  
Frau Isolde Schurrer  
Herr Dr. Manfred Siglinger  
Frau Ina Steiner  
Herr Armin Zimmerle

Stellvertreter

Herr Volker Gaupp

Vertretung für Herrn Samuel Herbrich

Schriftführer

Frau Julia Schock

**Entschuldigt:**

Mitglieder

Herr Samuel Herbrich

### **Öffentliche Tagesordnung**

- |      |  |                 |
|------|--|-----------------|
| 1.   | Gewerbegebiet Benedikt-Auchtwiesen - Gestaltungskonzept<br>Öffentlicher Raum<br>(Vorberatung)                              | BU Nr. 066/2024 |
| 2.   | Kinderhaus Benzach - Ertüchtigung der Porenbetonaußenwände<br>(Vorberatung)  | BU Nr. 048/2024 |
| 3.   | Reinhold-Nägele-Realschule: Modernisierung eines<br>Fachklassenraumes<br>- Vergabe der Einrichtung eines Fachklassenraumes | BU Nr. 073/2024 |
| 4.   | Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes   |                 |
| 4.1. | Neugestaltung der Unterführung "Unter der Rems" im Stadtteil<br>Endersbach   |                 |
| 4.2. | Gesamtanlagen-Schutz-Satzung "Weinstadt- Strümpfelbach"  |                 |
| 4.3. | Busbahnhof im Stadtteil Endersbach   |                 |
| 4.4. | Trappelerlinse - Biergarten  |                 |

**1. Gewerbegebiet Benedikt-Auchwiesen - Gestaltungs- BU Nr. 066/2024  
konzept Öffentlicher Raum  
(Vorberatung)**

Stadtplanungsamtsleiter Folk leitet das Thema ein, in dem er das Gewerbegebiet und dessen Bedeutung für Weinstadt hervorhebt.

Anschließend halten zwei Referentinnen vom Büro Pesch Partner Architektur Stadtplanung GmbH Stuttgart den Sachvortrag anhand der Beratungsunterlage und einer Präsentation, die der Beratungsunterlage beigelegt ist.

Stadtrat Dr. Siglinger führt aus, das Gewerbegebiet beschäftige sehr und das heute vorgestellte Gestaltungskonzept sei als ein Baustein von vielen zu betrachten. Seine Fraktion könne allerdings die Priorisierung des Radwegs entlang der Rems aufgrund der mehr als schwierigen Haushaltslage nicht nachvollziehen. Genauso hielte sie den Radschutzstreifen unter Priorität 1 als ein Konzept von gestern. Andere Kommunen nähmen von solchen Maßnahmen bereits wieder Abstand, da eben den Radfahrern nur eine scheinbare Sicherheit vorgekauelt werde. Hier müsse eine klare Abgrenzung vorgenommen werden zwischen dem Radverkehr und den anderen Verkehrsteilnehmern, wozu auch der dortige Schwerlastverkehr gehöre. Seine Fraktion bitte die Verwaltung daher, in diesem Bereich umzuplanen. Die Referentin stimmt zu, Radfahrstreifen oder Radwege seien in der Tat deutlich sicherer. Der im Konzept vorgesehene Radschutzstreifen sei auch nur eine Kompromisslösung, da einfach nicht mehr Platz vorhanden sei und man keine privaten Flächen in die Planungen einbeziehen könne.

Stadtrat Dr. Siglinger nimmt des Weiteren auf diverse Bemaßungen in den verschiedenen Teilgebieten Bezug. Die Einrichtung des Einbahnverkehrs im Uhrzeigersinn sei absolut schlüssig, die Verringerung der Fahrbahnbreite auf 4,50 m werde allerdings kritisch gesehen, da in diesem Bereich viele Lkw-Rangierfahrten stattfänden. Hier sollten seiner Ansicht nach die Rangierradien nochmals herangezogen werden. Er gehe davon aus, dass eine Fahrbahnbreite von 5 m besser geeignet wäre und da man sich im Gewerbegebiet befände, genüge dan auch ein Gehweg mit 2 m Breite. Die Referentin widerspricht. Eine Fußverkehrsbreite mit einem Mindestmaß von 2,50 m sei nicht nur Standard, sondern sogar Vorschrift. Auch wegen einer eventuellen Förderung sei dieses Maß zwingend. Eine geringere Breite von 2,20 m sei lediglich möglich, wenn der Fußverkehr nicht direkt an die Fahrbahn angrenze, aber ansonsten müssten die 2,5 m eingehalten werden. Im Übrigen, so die Referentin weiter, sei eine Fahrbahnbreite von 4,50 m Standard, so könnten zwei Pkw in Gegenrichtung fahren und auch das Längsausparken sei möglich. Werde die Fahrbahn verbreitert, könnten dann in der Konsequenz keine Multifunktionsflächen mehr angelegt werden.

Stadtrat Dr. Siglinger ist der Ansicht, die Breite des Parkstreifens mit 2 m in der Dammstraße könne so nicht festgelegt werden, hier müsse es sich um ein veraltetes Normmaß handeln. Die Referentin beschreibt den Konflikt zwischen den einzelnen Verkehrsteilnehmern. Der Anspruch müsse sein, die Flächen gut und effizient zu verteilen. Ziel des Konzepts sei außerdem, eine möglichst hohe Qualität zu erreichen. Im Übrigen betrage das Mindestmaß eines Parkstreifens bei Längsparkern derzeit 2 m.

Stadtrat Dobler wundert sich, dass das Gestaltungskonzept in einem bislang gut funktionierenden Gewerbegebiet alles auf den Kopf stellen wolle. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass die Mittel hierfür gar nicht bereitgestellt werden könnten. Der Fahrbahnbelag im gesamten Gebiet habe nachgegeben, da der Untergrund einfach zu weich sei. Hier müsse eine Sanierung stattfinden, die in die Millionen gehe. Im Übrigen könnten die Straßenbreiten rein technisch gesehen wegen des Schwerlastverkehrs gar nicht verringert werden. Auch frage er

sich, ob auf beiden Straßenseiten ein Gehweg notwendig sei. Des Weiteren halte er Fahrradwege in einem Gewerbegebiet grundsätzlich für kritisch und Bäume schränken die Sicht der Verkehrsteilnehmer nur ein.

Erster Bürgermeister Deißler verweist auf die Natur eines Gestaltungskonzepts. Die genaue Aufteilung von öffentlichen Flächen könne erst bei einem konkreten Bauprojekt erfolgen. Am Anfang benötige man jedoch zunächst ein übergeordnetes Leitbild, das dann entwickelt werden müsse. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens werde man sicher auf weitere Details eingehen. Auch sei ein Zeithorizont für eine Realisierung derzeit noch gar nicht absehbar.

Stadtrat Forster stellt fest, für ihn habe sich der Radfußweg in der Birkelstraße bewährt und könne daher so belassen werden. Seine Priorisierung liege zunächst auf dem Weg entlang des Remsufers, der zuerst angegangen werden müsse. Auch müsse seiner Ansicht nach die Multifunktionalstraße, die sich im Eigentum des Bundes befinde, breiter gemacht werden. Separate Radstreifen halte er für unnötig, die Straßenbreite müsse für den Lkw-Verkehr erhalten bleiben.

Erster Bürgermeister Deißler hält fest, am Damm entlang der Bundesstraße sehe er oft Wohnwägen, Anhänger und Tieflader parken, die zu Verkehrshindernissen würden. Eine Verengung der Straße beuge diesem Missbrauch vor und könne so Vorteile für das Gewerbegebiet bringen.

Stadtrat Dr. Siglinger wiederholt, für die Einrichtung eines Radverkehrsstreifens gebe es von seiner Fraktion keine Zustimmung. Er bitte die Verwaltung daher um Prüfung, ob eine andere Verteilung des Straßenraums möglich sei. Insbesondere stelle sich die Frage, ob entlang der Birkelstraße ein Gehweg beidseitig notwendig sei oder ob ein einseitiger Gehweg mit einer Breite 2,50 m ausreiche und auf der restlichen Fläche ein Radfahrstreifen oder ein Radweg angelegt werden könne. Ein Radschutzstreifen biete nicht genug Sicherheit für die Nutzer. Im Übrigen halte er es für schwierig, über ein Gestaltungskonzept zu entscheiden, wenn es noch gar keine konkreten Kostenangaben gäbe. Das Konzept selbst sei sicherlich als eine übergeordnete Empfehlung gesehen werden, aber vor der eigentlichen Umsetzung müsse konkreter diskutiert werden.

Erster Bürgermeister Deißler erläutert, das heute vorgelegte Konzept befinde sich auf einem ganz abstrakten Level im Bewusstsein der begrenzten Mittel.

Stadtrat Gaupp fordert die Trennung der Radfahrer und Fußgänger in der Werk- und Dammstraße. Außerdem sollten die Parkplätze entsprechend ausgewiesen und dann auch kontrolliert werden. Die Referentin wendet ein, aus Sicherheitsgründen solle der Radverkehr immer in dieselbe Richtung geführt werden wie der andere Verkehr auch.

Herr Folk erläutert die Gründe für die Priorisierung der Grünfläche am Remsufer auf Stufe 1. Am Ende befinde sich die Birkelspitze, außerdem solle das Wegenetz geschlossen werden. Er persönlich halte die Fläche sehr wohl als vorteilhaft für die Gewerbebetriebe. Hier könne mit wenig Mitteln eine Naherholungsfläche für die dortigen Mitarbeiter geschaffen werden, damit diese ihre Pausen im Freien an der Natur verbringen könnten und nicht nur auf versiegelte Flächen starren müssten. Er wiederholt, ein Gestaltungskonzept solle Leitziele vorgeben, daher könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu tief in die Ausführungsplanung eingestiegen werden.

Mit diesem Gestaltungskonzept würde die Verwaltung wieder Schritt zwei vor eins gehen, so Stadtrat Zimmerle. Er wolle zunächst über die rechtlichen Gegebenheiten sprechen. Das Gewerbegebiet liege neben einer Bundesstraße. Auch sei noch nicht klar, auf welcher Trasse der geplante Radschnellweg 5 letztlich verlaufe. Das Konzept komme für ihn daher zu früh.

Außerdem werde dieses Gewerbegebiet auch bei aller Anstrengung kein Vorzeigegewerbegebiet mehr.

Stadtrat Dippon beschreibt das Konzept als hübsche Idee für ein Gewerbegebiet, aber mehr als eine grobe Richtung könne es wohl nicht vorgeben. Ein Gewerbegebiet bleibe immer ein Gewerbegebiet. Dort solle weiterhin gearbeitet werden, es werde rangiert und geschirrt, es werde Lärm und Dreck verursacht. Dies gehöre zur Natur eines Gewerbegebiets und Erholungsflächen hätten dort seiner Ansicht nach nichts zu suchen. Außerdem frage er sich, woher die finanziellen Mittel für eine Umsetzung des Konzepts stammen sollen.

Erster Bürgermeister Deißler erläutert, die Kosten müsse die Stadt Weinstadt tragen. Schließlich sei es ja auch in ihrem Interesse, mehr attraktive Gewerbeflächen zu schaffen. Die möglicherweise entstehenden Kosten auf die ansässigen Firmen und Unternehmen umzulegen, sei rechtlich ausgeschlossen.

Der Technische Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung folgende Beschlussfassung:

**Der Gemeinderat beschließt das Gestaltungskonzept als Grundlage für den perspektivischen Umbau und die Attraktivierung des öffentlichen Raums im Gewerbegebiet Benedikt-Achtwiesen in Weinstadt Endersbach. Die Umsetzung der Bauabschnitte erfolgt unter vorheriger Beratung und Beschlussfassung im Gemeinderat mit Darlegung der Ausführungsdetails und Kosten. Die im Gewerbegebiet ansässigen Firmen und Eigentümer sollen in den Prozess mit einbezogen werden.**

## **2. Kinderhaus Benzach - Ertüchtigung der Porenbetonaußenwände (Vorberatung)**

**BU Nr. 048/2024**

Stellvertretender Hochbauamtsleiter Bohn hält den Sachvortrag anhand der Beratungsunterlage und macht Ausführungen zum Porenbetonstein. Die Problematik bestehe vor allem darin, dass dieser an Druckfestigkeit verliere.

Eine erneute Untersuchung des Sachverhalts habe im Übrigen ergeben, dass im Kinderhaus Benzach mit großer Wahrscheinlichkeit nicht 18 neue Stützen, sondern 54 benötigt würden. Dies führe zu Mehrkosten von rund 60.000 EUR, insgesamt also 240.000 EUR. Insofern müsse der Beschlussvorschlag der Verwaltung geändert werden und laute wie folgt:

*Der Ertüchtigung der Porenbetonaußenwände im Kinderhaus Benzach mit einer überplanmäßigen Aufwendung von circa 240.000 € wird zugestimmt.*

Die Stadträte Dobler, Dippon und Dr. Siglinger sind der Ansicht, die Maßnahme sei alternativlos und müsse jetzt umgesetzt werden, um weitere Folgeschäden und noch höhere Kosten zu vermeiden.

Auf Nachfrage von Stadträtin Schurrer beschreibt Herr Bohn, wie die Umsetzung der Maßnahme während des laufenden Betriebs vonstattengehen könne. Die weiteren Einzelheiten müssten mit dem Kinderhaus noch besprochen werden. Eine temporäre Auslagerung der einzelnen Gruppen in andere Räumlichkeiten sei leider aufgrund Platzmangels nicht möglich.

Der Technische Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig folgende Beschlussfassung:

**Der Ertüchtigung der Porenbetonaußenwände im Kinderhaus Benzach mit einer überplanmäßigen Aufwendung von circa 240.000 € wird zugestimmt.**

**3. Reinhold-Nägele-Realschule: Modernisierung eines Fachklassenraumes BU Nr. 073/2024  
- Vergabe der Einrichtung eines Fachklassenraumes**

Hochbauamtsleiterin Göhner hält den Sachvortrag anhand der Beratungsunterlage.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dobler bestätigt sie, die Lieferzeiten bei allen Anbietern seien in etwa gleich.

Der Technische Ausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Technische Ausschuss stimmt der Beauftragung der Fa. Hohenloher Schuleinrichtung GmbH & Co. KG aus 71446 Öhringen zu dem Angebotspreis von 94.058,39 EUR zu.**

**Die Ausführung wird aufgrund der Lieferzeit von ca. 50 Wochen nach Beauftragung erst im Jahr 2025 erfolgen. Die hierfür bereit gestellten Mittel werden daher in das Jahr 2025 übertragen werden.**

**4. Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes**  
**4.1. Neugestaltung der Unterführung "Unter der Rems" im Stadtteil Endersbach**

Tiefbauamtsleiter Baumeister berichtet über die ehemalige öffentliche Graffitifläche in der Unterführung. Die Farbdicke des Belags betrage mittlerweile 1,5 cm.

Die Verwaltung habe sich Gedanken zur Neugestaltung gemacht und auch gleich die Kosten abgefragt.

Die gesamte Fläche der Unterführung müsse einer Sandstrahlung unterzogen und mit Graffiti-schutz imprägniert werden. Hierbei beliefen sich die Kosten auf 25.500 EUR.

Man könne aber auch einen Künstler beauftragen, die Fläche zu besprühen. Die Kosten für die Vollfläche beliefen sich auf 25.000 EUR, hier könne die Stadt dann über das Motiv entscheiden. Würde man nur einen kleineren Bereich besprühen lassen und der Künstler dürfe selbst über das Motiv entscheiden, fielen Kosten von 18.500 UR an.

Für das Anbringen einer Holzlattung müsse die Stadt 100.000 EUR bezahlen und außerdem stünde dann die Frage der Brandlast im Raum. Eine weitere Möglichkeit bestünde im Anbringen von Fliesen, Kostenpunkt 55.000 EUR.

Die Verwaltung schlage angesichts der Haushaltslage daher vor, die Thematik im Zuge der nächsten Haushaltsberatungen zu beraten und die notwendigen Mittel hierfür bereit zu stellen.

Erster Bürgermeister Deißler bittet zu bedenken, dass es sich bei dieser Unterführung um den Zugang zu einem Gewerbegebiet und nicht um eine Bahnunterführung handle. Hier gehe

es nicht um die Kosmetik, sondern um die Aufwertung eines Gewerbestandorts und da dürfe man nicht an 20.000 EUR sparen. Er bevorzuge die Variante mit den Fliesen und sei auf das Ergebnis gespannt, wenn das Thema im Rahmen der Haushaltsberatungen neu diskutiert werde.

Für Stadtrat Forster ist die Unterführung ein Schandfleck. Er plädiert dafür, die unangebrachten politischen Parolen dort dringend zu entfernen. Erster Bürgermeister Deißler sagt eine zeitnahe Prüfung und gegebenenfalls Übersprühung dieser Parolen zu.

#### **4.2. Gesamtanlagen-Schutz-Satzung "Weinstadt-Strümpfelbach"**

Stadtrat Dr. Siglinger bittet um Prüfung, ob die bisher geltende Gestaltungssatzung Strümpfelbach inzwischen veraltet ist und rechtlich angepasst werden müsse. Das Thema solle in eine der nächsten Sitzungen des Technischen Ausschusses eingebracht und beraten werden.

#### **4.3. Busbahnhof im Stadtteil Endersbach**

Stadträtin Groß berichtet, das Dach des Busbahnhofs im Stadtteil Endersbach biete aufgrund seiner Höhe keinen ausreichenden Schutz vor Wind und Regen. Sie bittet um Prüfung, wie hier Abhilfe geschaffen werden könne. Stadtrat Gaupp ergänzt, eventuell sei eine Glaseinhausung mit einem Zugang von beiden Seiten eine technische Lösung.

#### **4.4. Trappelerlinse - Biergarten**

Auf Anfrage von Stadtrat Zimmerle teilt Erster Bürgermeister Deißler mit, es finde derzeit verwaltungsintern die Vorprüfung eines Konzepts statt.

## ZUR BEURKUNDUNG

Weinstadt, den

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

Weinstadt, den

\_\_\_\_\_  
Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

\_\_\_\_\_  
Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

\_\_\_\_\_  
Schriftführer